67. Jahrgang. № 481 Sonnabend, 11. November 1922

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr bei täglicher Zutragung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 275,—. Einzelnummer M. 12,—, Sonntagsausgabe M. 15,—.
Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 12 mm breite Zeile M. 35,—, außerhalb Sachsens M. 45,—. Familienanzeigen und Stellengesuche unter Wegfall jeden weiteren Rabatts M. 30,—. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

August Förster Flügel, Pianos

Löbau (Sa.) Verkaufslokal: Dresden-A., Waisenhausstraße 8, Central-Theater-Passage

Die Koalitionserweiterung auf dem Marsche

Die Strömungen im und gegen das Reichskabinett.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Berlin, 10. Nov. Wie wir hören, besteht die Deutsche Volkspartei auf einer Umbildung der Regierung angesichts der Verhandlungen mit der Reparationskommission. Bereits in der nächsten Woche soll ein Vorstoß gegen die Regierung im Reichstage unternommen werden. **Die Verhältnisse haben sich in den letzten Tagen insofern zugespitzt, als die Sozialdemokraten einen Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung ablehnen und ein Teil des Zentrums sie unterstützt.** Es heißt, daß die Deutsche Volkspartei den augenblicklichen Kurs in der Reparationspolitik nicht mitmacht und mit Dr. Wirth, der sich immer mehr auf die Linke stützt, unzufrieden ist. **Auch die Demokraten sind der Ansicht, daß eine Ausschaltung der Deutschen Volkspartei augenblicklich unklug sei. Man wird bald mit heftigen Kämpfen rechnen müssen, da auch das Kabinett trotz aller Ableugnungen**

zwei Strömungen

hat. Dr. Wirth soll bei den letzten Parteiführerbesprechungen mit einer Auflösung des Reichstages gedroht haben, falls er für seine Reparationspläne keine Mehrheit findet. Seine Widersacher versichern deshalb, die Regierung bei den nächsten Reichstagsdebatten zu sprengen und Dr. Wirth zu isolieren.

Die Deutschnationale Volkspartei wird allem Anscheine nach die Bestrebungen auf Regierungsumbildung unterstützen, sie hat zunächst eine Anfrage eingebracht, die Aufklärung über die angeblichen Attentatspläne gegen Wirth verlangt, nachdem feststeht, daß die Untersuchungen Belastendes gegen niemand ergeben haben.

Die große politische Aussprache im Reichstag.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 10. Nov. Der Reichstag ist zum kommenden Montag, den 13. November, einberufen worden. Es wird angenommen, daß Reichskanzler Dr. Wirth, wenn nicht schon am Montag, so doch am Dienstag im Reichstag das Wort nehmen wird, um über die Lage zu sprechen. Daran dürfte sich eine große politische Aussprache knüpfen. Es wird jedoch angenommen, daß vom Dienstag ab wieder eine Pause eintritt.

Die Antwort der Repko auf das Schreiben des Kanzlers vom 8. November.

Berlin, 10. Nov. Die Antwort der Reparationskommission auf das Schreiben des Reichskanzlers vom 8. d. M. lautet: Berlin, den 9. November. Herr Reichskanzler! Die Reparationskommission hat die gestern von Ihnen mitgeteilte Note der deutschen Regierung nebst den ihr beiliegenden Urkunden zur Kenntnis genommen. Wie die Kommission, die zum Zwecke einer Untersuchung hergekommen ist, schon vor ihrer Abreise bestimmt hatte, wird sie sofort nach ihrer Rückkehr nach Paris die ihr von Ihnen unterbreiteten Vorschläge oder andere, mit denen Sie sie etwa noch zu befassen für angezeigt halten, über die Gesamtheit der Fragen, die sie mit Ihrer Regierung erörtert hat, einer Prüfung unterziehen. (W. T. B.)

Barthou über die Berliner Reise.

Die deutsche „Flucht vor der Verantwortung".

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Paris, 10. Nov. Barthou hat dem Vertreter der Havas-Agentur in Berlin folgende Erklärung abgegeben: Die Reise der Reparationskommission war durchaus erforderlich. Es war nicht beabsichtigt, bereits in Berlin zu einer vollständigen Lösung der schwebenden Fragen zu gelangen, sondern diese Fragen zu klären, und es ist uns gelungen, über die leitenden Persönlichkeiten und über die Wirtschaftslage vieles zu erfahren. **Aber es ist uns unter Anstrengungen nicht gelungen, solche Vorschläge zu erhalten, wie wir es erwartet haben. Die Flucht vor der Verantwortung ist in Deutschland ebenso groß, wie die Flucht der Kapitalisten.** Die Note der deutschen Regierung über die Stabilisierung der Mark entspricht nur entfernt dem eingehenden Plane, den wir eigentlich erwartet hatten. Es sind nur Anregungen, aber keine Lösungen. Ich will einer Entscheidung der Kommission nicht vorgreifen. Vor allem will ich nichts sagen, was irgendwie den Eindruck von der Einigkeit unter den Alliierten stören könnte, die die deutsche Regierung während unserer Unterhandlungen so gut gemerkt hat. **Aber als Delegierter Frankreichs werde ich die Rechte meines Landes verteidigen. Ich weiß wohl, daß ein Gläubiger seinen Schuldner nicht ruinieren soll, aber ich weiß auch, daß der Gläubiger nicht zugunsten seines Schuldners sich selbst ruinieren darf. Frankreich hat so viel Opfer gebracht und Vorschüsse geleistet und muß daher die nötigen Garantien erhalten. Niemand darf von ihm verlangen, daß es Selbstmord begeht.**

Berlin, 10. Nov. Der Vorsitzende der Reparationskommission Barthou hat vor der heute erfolgten Abreise der Delegierten dem Reichskanzler Dr. Wirth einen Abschiedsbesuch abgestattet.

Eine beherzigenswerte Mahnung Bradburys.

Deutschland muß freimütig die unerläßlichen Erleichterungen fordern!

Berlin, 10. Nov. In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter der „D. Allg. Ztg." hob das englische Mitglied der Reparationskommission Bradbury den starken Eindruck hervor, den der Ernst der Lage Deutschlands auf die Kommission gemacht habe, und der unmittelbare Schritte notwendig mache, um die Mark zu stabilisieren und den Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Hinsichtlich der Frage eines genauen Planes für die Stabilisierung der Mark sei die Kommission jedoch einigermaßen enttäuscht worden. Bradbury erklärte schließlich trotz der Anerkennung der Schwierigkeiten für Deutschland, von den Alliierten die notwendigen Zugeständnisse zu fordern:

Wenn nicht von Deutschland ein Plan formuliert wird und die unerläßlichen Vorbedingungen freimütig gefordert werden, sehe ich nicht, wie es möglich sein soll, einen Fortschritt zu machen. Es ist nicht unsere Sache, Zugeständnisse anzubieten. Wir sind die Vertreter der Gläubiger Deutschlands und müssen die besten Bedingungen herausschlagen. Dabei müssen wir selbstverständlich bestrebt sein, die Substanz des Schuldners zu bewahren. Wir werden die Vorschläge Deutschlands sehr genau untersuchen und wir wollen zu weiteren Vorschlägen die Tür offen lassen.

Blick auf Bayern aus der Vogelschau.

In Bayern ist zurzeit Dr. Georg Heim der mächtigste Mann des Landes und die von ihm hinter den Kulissen ohne offizielles Parteiamt geleitete Bayrische Volkspartei stellt den ruhenden Pol in der Erscheinungen Flucht dar. Von diesem Standpunkt aus muß man die Münchner Regierungskrise, die durch die Wahl Dr. v. Knillings zum neuen Ministerpräsidenten ihren Abschluß gefunden hat, betrachten. Dr. Heim ist der Reeder des bayrischen Staatsschiffes, der Vorsitzende der Bayrischen Volkspartei, Präsident des Landesfinanzamtes Speck und der Vorsitzende der Landtagsfraktion Held sind seine Prokuristen und der jeweilige Ministerpräsident ist der Kapitän, der die Kunst verstehen muß, das Ruder bald mehr nach Steuerbord und bald mehr nach Backbord zu legen, je nachdem der Kurs etwas mehr nach rechts oder nach links gesetzt werden soll, wie es Dr. Heim auf Grund seiner politischen Wetterbeobachtungen für taktisch richtig hält. Herr v. Kahr hielt den Kurs zu scharf nach rechts; deshalb ließ ihn die Bayrische Volkspartei auf einen Wink Dr. Heims fallen, als sich zeigte, daß er nicht die Geschmeidigkeit besaß, um in dem Konflikt, der aus Anlaß der ersten Reichsausnahmeverordnung nach der Ermordung Erzbergers zwischen Berlin und München ausgebrochen war, etwas weiter nach links zu lavieren. Am 21. September 1921 wurde er durch den Grafen v. Lerchenfeld-Köfering ersetzt, der, wie aus Kreisen der Bayrischen Volkspartei verlautete, der besondere Vertrauensmann Dr. Heims war. Graf Lerchenfelds verbindlicher persönlicher Art und seiner geschickten Diplomatie gelang es, nicht nur den ersten Zwist mit Berlin in einer für Bayern befriedigenden Weise beizulegen, sondern auch in dem neuen noch heftigeren Streit, der im Zusammenhang mit dem Schutzgesetz für die Republik stand, einen wesentlichen Erfolg dadurch zu erzielen, daß in den getroffenen Vereinbarungen die Reichsregierung ausdrücklich erklärte, sie habe nicht die Absicht, von den auf Grund der Weimarer Verfassung den Ländern verbliebenen Hoheitsrechten noch weitere an sich zu ziehen; auch solle künftig in jeder Hinsicht auf die Schonung der bayrischen Eigenart Rücksicht genommen werden. In seinem sonstigen Wirken zeigte sich Graf Lerchenfeld als ein streng reichstreuer Staatsmann, der seine Haltung gegenüber der Berliner Regierung durch die Ueberzeugung bestimmen ließ, daß Bayern ohne den Rückhalt des Reiches in den Grundfesten seiner politischen und wirtschaftlichen Existenz erschüttert werden würde. Ein besonderer Zug in seiner Politik war die stark ausgeprägte Gegnerschaft gegen den Versailler Vertrag, der er mit bemerkenswertem Freimut Ausdruck verlieh, u. a. bei der Beratung der Saarinterpellation im Landtage, indem er die französische Politik offen anklagte, daß sie auf die Französierung und völlige Loslösung des besetzten Gebietes vom Reiche gerichtet sei.

Soweit schien alles gut und man hätte meinen sollen, daß eine solche Art, zu regieren, sich auf die Dauer durchsetzen würde. Es kam aber anders. Im Laufe der Zeit sah sich Graf Lerchenfeld gesteigert heftigen Angriffen von rechtsradikaler Seite ausgesetzt, weil er angeblich nicht bundesstaatlich genug gesinnt sei und gegenüber der Sozialdemokratie „zu schlapp" auftrete. Diese Beschuldigungen wurden in einer zum Teil unqualifizierbaren Form vornehmlich von den sogenannten Nationalsozialisten erhoben, die eine Abart der italienischen Faschisten bilden. Sie predigen wie diese den Willen zur Macht als das höchste nationale Gebot und geben die Parole aus, daß Bayern seinen deutschen Führerberuf als Machtstaat gegenüber dem jetzigen Scheinreiche erkennen und ausüben und in Erfüllung dieser Mission den Kampf gegen den ohnmächtigen Parlamentarismus und gegen das „parlamentarische Schiebertum" aufnehmen müsse. Als der Ansturm gegen den Grafen Lerchenfeld, dessen vornehme persönliche Zurückhaltung ihn gegenüber so groben Anwürfen von vornherein in eine schwächere Position drängte, immer heftiger wurde, stellte sich Dr. Heim zunächst auf seine Seite und wandte sich auf der Generalversammlung des Tuntenhausener Bauernvereins sehr kräftig gegen den Rechtsradikalismus, dessen zum Teil landfremde Vertreter sich nicht scheuten, sogar Kniehosen anzuziehen und sich Gamsbarthüte aufzusetzen, um den Eindruck von „Urbayern" und „Kraftmeiern" zu erwecken. Da das aber auch nicht half, so wurde die Lage für den Grafen Lerchenfeld kritisch; denn nun hätte er, um sich zu behaupten, weiter nach rechts steuern müssen. Dazu fehlte ihm aber genau so gut die Elastizität, wie sie Herrn v. Kahr gefehlt hatte, als er mehr nach links abschwenken sollte, und so mußte denn auch Graf Lerchenfeld die Rolle des Mohren übernehmen, der seine Schuldigkeit getan hat. Der häufige Ministerverbrauch hat einen Teil der bürgerlichen Presse Bayerns veranlaßt, sich näher in die Rolle zu vertiefen, welche die Leitung der Bayrischen Volkspartei dabei spielt, und man wird sagen müssen, daß es volle Berechtigung hat, wenn gefordert wird, daß endlich auch einmal die führenden Größen der Partei selbst aus dem Stande der Unverantwortlichkeit heraustreten und durch Uebernahme der Geschäfte beweisen sollten, ob und wie sie es besser zu machen verstehen. Dr. Heim denkt aber gar nicht daran, sich unter den augenblicklichen Verhältnissen auf ein so heikles und gewagtes Experiment einzulassen, weder für

Das Deutschland von heute in englischer Beleuchtung.

London, 10. Nov. Unter der Ueberschrift: „Die deutsche Krise" schreibt die „Times":

„Das stetige Sinken der deutschen Mark scheint das normale Merkmal der europäischen Lage geworden zu sein. Die Schadenersatzzahlungen sind gegenwärtig aufgehoben. Die Spekulation kann nur eine Nebenrolle spielen, denn **die Devisenordnung der Regierung hat den Kurssturz nicht aufhalten können.** Das deutsche Volk hat

das Vertrauen zur Mark,

zu seinen Banken und zu seiner Regierung verloren. **Bauern, Beamte und kaufmännische Angestellte benutzen seit Monaten ihren kärglichen Markvorrat, um Dollare, Pfunde oder Franken zu erwerben oder zum mindesten Kleider, Hausrat oder sonstige Sachwerte. Diese Preise steigen reißend schnell. Das soziale Leben ist mit Mißtrauen, Ränkesucht und rücksichtsloser Spekulation erfüllt.** Es gibt eine Regierung in Deutschland, aber ihre Stärke und der Umfang ihrer Verantwortung sind unbekannt. Eine deutsche Nation ist vorhanden mit stark ausgeprägten Merkmalen. Etwas wie ein deutscher Staat ist vorhanden, dunkel, kaum erkennbar noch. Außenstehende sehen die allgemeinen Umrisse dieses Staates, sie erkennen, daß er noch der Spielball fast gleich starker, miteinander ringender Kräfte ist, der Kräfte des angriffslüsternen Deutschlands und der verschwommenen Bestrebungen, die letzten Endes vielleicht die Errichtung eines Deutschlands von ganz anderer Art zum Ergebnis haben werden.

Alle Angelegenheiten Deutschlands scheinen in immer größere Verwirrung zu versinken, und die Rolle, welche in seinem Geschick eine klare und feste Zielsetzung spielt, scheint für den Augenblick völlig verdunkelt.

Eine starke Zielsetzung ist vorhanden. Sie besteht in den systematischen

Anstrengungen der Industrie,

ihre Vormacht aufrechtzuerhalten durch verschiedene Mittel, innen- wie außenpolitische. Vielleicht richten diese Berechnungen sich schon auf die Aussicht einer Katastrophe. Vielleicht rechnet man mit der Möglichkeit einer inneren Katastrophe als einzigartige Gelegenheit zur Errichtung einer unbestreitbaren Vormachtstellung bei der Leitung der Geschäfte.

Die gegenwärtige Regierung

ist zugestandenermaßen schwach. Sie beruht auf wechselnden Koalitionen. Ihre Grundlagen sind vor kurzem gestört worden. Das Zentrum, die Demokraten und die Sozialdemokraten haben einen scharfen Druck von links erfahren durch den Anschluß der Unabhängigen an die Mehrheitssozialisten.

Die Preissteigerung wird möglicherweise zu Unruhen führen, die eine sozialistische oder gar kommunistische Färbung annehmen.

Der russische Bolschewismus ist eifrig am Werke, aus möglichen Ruhestörungen seinen Vorteil zu ziehen. **Der Einschluß der Deutschen Volkspartei in die Regierung würde die einzige richtunggebende Kraft in Deutschland zum Tragen bringen, und würde der Regierung eine bestimmte Verantwortung in den internationalen Beziehungen auferlegen. Die vereinigten Sozialdemokraten widersetzen sich jedoch der Aufnahme der Deutschen Volkspartei, deshalb bleibt die Regierung schwach, unverantwortlich und zu ohnmächtig, um sich der Flut der Ereignisse entgegenzustemmen, die zu meistern, die verschiedensten Kräfte, alle miteinander gleichmäßig friedensfeindlich, sich bemühen.**

Die Aussichten für den Winter

in Deutschland mit der stürzenden Mark und den unaufhörlich noch kletternden Preisen sind in der Tat düster. Große Wachsamkeit ist nötig, um jene Kräfte in Schach zu halten, die zu Ruhestörungen drängen."

Dollar (Amtlich): 7674

Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 7835